

## **Deutschland - Abschied von Friedenspolitik? „Gemeinsame Sicherheit“ oder Neue Expansion?**

11.09.2014

Dr. Horst Leps  
Elersweg 17 - 22395 Hamburg - 040/60450776  
horstleps@gmx.de  
<http://horst.leps.de>

### **Inhaltsverzeichnis**

1. Geschichtliche Erfahrungen.....	4
1.1 Willy Brandt: .....	4
1.2 Verträge: .....	4
1.2.1 Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“.....	5
1.2.2 Charta von Paris 1990 .....	5
1.2.3 NATO-Osterweiterung und NATO-Russland-Rat.....	5
2. Die Krise .....	7
2.1 Putin im Bundestag und die Osterweiterung der EU.....	7
2.2 Putin und die Münchner Sicherheitskonferenz.....	7
2.3 Der Vorschlag Medwedews .....	8
3. Der grundlegende Konflikt.....	10
3.1 Walter Stütze.....	10
3.2 Bundespräsident Gauck.....	10
1.3 Steinmeier.....	12
1.4 SWP und GMF: „Neue Macht - neue Verantwortung“ .....	12
1.5 Russlands Reaktion .....	17
4. Friedensbewegung und heutige Aufgaben.....	19
4.1 Schleswig-Holstein.....	19
4.1.1 Das ISPK der Universität Kiel.....	19
4.1.2 Das Papier der SPD Schleswig-Holstein.....	19
4.2 Eine europäische Ordnung des Friedens.....	20
4.3 Bündnisse und gemeinsame Zuspitzung .....	22
4.4 Weiterarbeiten.....	23
4.4.1 Lesen.....	23
4.4.2 Diskutieren.....	23

Aus Karl Kraus: Die letzten Tage der Menschheit<sup>1</sup>  
Der Abonnent und der Patriot im Gespräch.

Der Patriot: Also was sagen Sie jetzt?

Der Abonnent: Was soll ich sagen? Wenn Sie vielleicht meinen wegen dem Augenleiden des Sir Edward Grey, so sag ich, so soll es allen gehn!

Der Patriot: Auch, aber was sagen Sie zu Knebelung der öffentlichen Meinung in England?

Der Abonnent: Weiß schon, der Herausgeber des Labour Leader wurde vor das Polizeigericht geladen, weil gewisse Veröffentlichungen des Blattes gegen die Reichsverteidigungsakte verstoßen. Wegen so was!

Der Patriot: No und Frankreich is e Hund? Was sagen Sie zu Frankreich? Wissen Sie was es dort gibt?

Der Abonnent: Gefängnisstrafen für Verbreitung der Wahrheit in Frankreich. Sie meinen doch die Dame, die gesagt hat –

Der Patriot: Auch, aber jetzt hat ein Herr gesagt –

Der Abonnent: Natürlich, ein Herr hat gesagt, Frankreich hat keine Munition, und dafür gibt man ihm 20 Tage! Er hat gesagt, die Alliierten sind in schlechter Lage und Deutschland war für den Krieg gerüstet –

Der Patriot: Bitt Sie, erklären Sie mir das, ich versteh nämlich diese Fälle nicht, is es also unwahr, zu sagen, Deutschland war gerüstet oder is es wahr, zu sagen, Deutschland war nicht gerüstet –

Der Abonnent: No war denn Deutschland gerüstet?

Der Patriot: Also wie –?

Der Abonnent: Merken Sie sich ein für alle Mal. Deutschland is bekanntlich überfallen worn, schon im März 1914 waren sibirische Regimenter –

Der Patriot: Natürlich.

Der Abonnent: Deutschland war also vollständig gerüstet für einen Verteidigungskrieg, den es schon lang führen wollte, und die Entente hat schon lang einen Angriffskrieg führen wollen, für den sie aber nicht gerüstet war.

Der Patriot: Sehn Sie, jetzt klärt sich mir der scheinbare Widerspruch auf. Manchesmal glaubt man schon, es is etwas wahr, und doch is es unwahr.

Der Abonnent: In der Presse is das oft sehr übersichtlich, in zwei Spalten nebeneinander, und das hat den Vorteil, daß man ganz klar den Unterschied sieht zwischen uns und jenen.

Der Patriot: No haben Sie gelesen? Plünderungen und Verwüstungen der italienischen Soldaten! Nichtweniger als 500 000 Kronen haben sie in Gradiska aus einer Panzerkassa genommen, und außerdem noch 12 000 Kronen aus noch einer Kassa!

Der Abonnent: Hab ich gelesen. Eine Bande! Was sagen Sie zum kolossalen Erfolg der Deutschen?

Der Patriot: Hab ich nicht gelesen, wo steht das?

Der Abonnent: Frag! Gleich daneben in der Spalte! Mir scheint, Sie lesen nicht ordentlich –

Der Patriot: Gleich daneben in der Spalte? Das muß mir rein entgangen sein. Wo war der Erfolg?

Der Abonnent: Bei Nowogeorgiewsk. »Gold in der Beute von Nowogeorgiewsk« war der Titel.

Der Patriot: No was is da gestanden?

Der Abonnent: Da is gestanden, unter der Siegesbeute in Nowogeorgiewsk befanden sich auch zwei Millionen Rubel in Gold.

Der Patriot: Großartig! Was die anpacken –!

<sup>1</sup> <http://gutenberg.spiegel.de/buch/die-letzten-tage-der-menschheit-4688/4>

Liebe...

wenn wir heute über den Ausbruch des Ersten und des Zweiten Weltkriegs reden, dann machen wir das ja nicht nur, um uns der Vergangenheit zu erinnern. Sondern wir sagen, dass das, was vor 100 und vor 75 Jahren passiert ist, sich wiederholen könnte, wenn die Lehren, die in den Jahrzehnten nach 1945 aus diesen Katastrophen gezogen worden sind, wieder vergessen werden.

Ich bin von Beruf Lehrer unter anderem für Politik gewesen, jetzt bin ich noch Dozent für Politikunterricht an der Universität Hamburg. Als ich jetzt meinen Vortrag über einen „Abschied von Friedenspolitik“ vorbereitet habe, kam mir natürlich der Gedanke „Wie würdest Du jetzt in der Schule eine Unterrichtseinheit zu diesem Thema machen?“ Die Schülerinnen und Schüler sollen aufgrund korrekter Fakten und in einer Demokratie angemessen ausweisbarer Normen zu einem begründbaren Urteil kommen. Sie müssen alle oder doch die wesentlichen Seiten zur Kenntnis nehmen können und auch ihre eigenen Interessen bedenken können.

So ein Unterricht hätte einige Schwierigkeiten zu bewältigen:

Bei Themen, die politisch sehr kontrovers sind, muss man damit rechnen, dass Teile der Schülerinnen und Schüler von der selbstverständlichen Richtigkeit ihrer von der anderen Seite gerade bestrittenen sind. Es könnte nicht nur hochemotional werden, es stehen auch Glaubwürdigkeiten auf dem Spiel: Die Glaubwürdigkeit der Eltern, der Lehrer, der Mitschüler. Hier in unserer Versammlung gehe ich davon aus, dass wir alle ein gemeinsames Grundverständnis von der Sache haben und uns eben darüber weiter verständigen wollen. Deshalb muss der Vortragende hier auch anders als im Schulunterricht deutlich zwischen dem Gegenstand und seiner Auffassung zu diesem Gegenstand unterscheiden.

Der Gegenstand ist ja schier unüberblickbar. Natürlich ist es sinnvoll, bei aktuellen Zeitungsmeldungen anzufangen, möglichst kontrovers, aber welche nimmt man in einer Presselandschaft, in der, wie man vermuten darf, einige leitende Journalisten der sogenannten seriösen Presse im Kampfanzug schreiben?<sup>1</sup> Es ist in letzter Zeit von einer Verbindung von Journalismus und militaristischem Lobbyismus die Rede, soll auch sie zum Thema gemacht werden? Jedenfalls ist in Sachen Krieg, wenn einer ansteht, noch schwieriger als sonst, die Wahrheitsfrage zu stellen. Nicht umsonst sagt man, dass erste Opfer des Krieges sei die Wahrheit.

In einem Abschnitt, in dem das, was die Schülerinnen und Schüler gegenwärtig wissen und denken, auf den Tisch kommt und befragt wird, sollten daraus weiterführende Fragen entstehen, die mit grundsätzlicherem Material bearbeitet werden können. Die Schülerinnen und Schüler können das heutzutage vielleicht mit Google selbst suchen. Aber dann läuft der Unterricht Gefahr, dass nur reproduziert wird, was eh schon klar schien, weil alle es sagen; denn anderes, gar anstößiges und widersprüchliches Material finden Schülerinnen und Schüler von alleine kaum und wenn, dann können sie es vielleicht nur schwer einordnen. Also wird der Lehrer auf andere Fragen, andere Materialien wegen anderer Perspektiven hinweisen müssen.

---

<sup>1</sup> Uwe Krüger: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Herbert von Halem Verlag (Reihe des Instituts für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung), Köln 2013,  
Leitartikler und Machteliten <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41841/1.html>,  
Journalisten-Kritik muss aus dem Netz <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42401/1.html>,  
„Mit dem gebotenen Hohn“ <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41850/1.html>,  
Journalisten als politische Lobbyisten? <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42430/1.html>

So, wie im Schulunterricht, können wir hier auch nur einige grundlegende Texte zur Kenntnis nehmen, die uns sowohl einen normativen Maßstab als auch genügend Fakten liefern, um mindestens den Ansatz eines Urteils gewinnen zu können. Ob dieses Urteil trägt, wird dann die selbstkritische Prüfung in der Zukunft zeigen.

Ich fange deshalb mit einer Rede an, die Willy Brandt aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises in der Universität Oslo gehalten hat. Sie enthält jene Lehren, die in Europa nach zwei Weltkriegen und aus den Erfahrungen des Kalten Krieges zu ziehen waren; es geht um ein Programm „Gemeinsamer Sicherheit“. Im Schlussdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit von 1975 in Helsinki, in der fast unbekanntes „Charta von Paris“ von 1990, die als gemeinsames Programm aller Staaten der KSZE für die Zukunft Europas gelesen werden kann, im Vertrag über den NATO-Russland-Rat von 1997 wurden diese Erfahrungen der heißen Kriege und des Kalten Krieges für Europa immer wieder neu konkretisiert. Im Jahr 2008 hat der damalige russische Staatspräsident Medwedew einen KSZE-II Vertrag vorgeschlagen, nachdem sich gezeigt hatte, dass die bisherigen Regeln die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Verschlechterung der Zusammenarbeit der verschiedenen Mächte und Russlands nicht verhindert hatten. Diese Verschlechterung der Beziehungen kann man an den Reden Putins vor dem Bundestag 2001, auf der Münchener Sicherheitskonferenz von 2007 nachlesen. In dieser Zeit änderte sich das sicherheitspolitische Denken im Westen grundlegend. Das kann man an dem Text „Neue Macht - neue Verantwortung“ der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Funds of the United States“ erkennen. In diesem Text geht es darum, wie das politische und wirtschaftliche Modell der kapitalistischen Länder - „Und machst Du es nicht freiwillig, so brauch ich Gewalt!“ - auf alle anderen Länder der Welt übertragen werden kann. Diesem Text ist jeder Gedanke an Koexistenz fremd. Im letzten Abschnitt verweise ich auf interessante Entwicklungen in Schleswig-Holstein, und stelle ein paar vermutlich eher hilflose Bemerkungen über die nächsten Notwendigkeiten in der großen Politik und über die Aufgaben der Friedensbewegung an.

Sie sehen, der Überblick über meinen Beitrag lässt eigentlich ein mehrwöchiges Vorlesungsprogramm befürchten. Die Friedensbewegung der 80er des vorigen Jahrhunderts brauchte vor keinerlei Diskussionen, vor keinen theoretischen Auseinandersetzungen Angst zu haben. Sie war eine lesende, eine hoch gebildete politische Bewegung. Sie konnte abstrakte strategische Diskussionen ebenso führen, wie sie die Taktik des politischen Alltags in den Blick nehmen konnte. Davon sind wir heute weit entfernt. Genau deshalb muss ich immer wieder etwas ausholen, ohne doch genug sagen zu können. Zu meinem kleinen Vortrag gehören deshalb auch Hinweise auf Texte, die man alle gelesen haben müsste, einfacher gesagt, liebe Freunde, ohne einen kleinen Satz an Hausaufgaben geht es hier so wenig wie in der Schule. (Vielleicht liegt es ja auch nur daran, dass ich halt fast 40 Jahre war und ich so einfach nicht aus der Haut rauskomme....) Sie bekommen also auch ein paar Google-Hinweise mit.

## 1. Geschichtliche Erfahrungen

### 1.1 Willy Brandt:

Ich will das an einem deutschen Text erklären, an einer Rede Willy Brandts zur Verleihung des Friedens-Nobelpreises<sup>1</sup> in der Universität Oslo. Er verlangt dort nach einer politischen Ordnung in Europa, in der die Sicherheit eines jeden Staates „geborgen“ sein kann. Das müsse mehr sein als ein „ausgewogenes System militärischer Machtmittel“. Zwischen den Staat dürfe es keine Gewalt oder Androhung von Gewalt mehr geben, die Grenzen müssen unverletzlich sein, die Rüstungen müssen gegenseitig kontrolliert werden, damit abgerüstet werden kann. Kein Staat dürfe sich in die inneren Verhältnisse eines andere Staates einmischen, gleichwohl müsse wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit müssen entwickelt werden. Weil Kriege ihre Ursachen auch in wirtschaftlicher Ungleichheit haben, muss die Entwicklung in den Ländern vom Gedanken der sozialen Gerechtigkeit bestimmt sein. Dieses Europa muss eine Verantwortung für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt, wie man es damals nannte, übernehmen.

Gegen Ende seiner Rede sagte er:

„Friedenspolitik ist eine nüchterne Arbeit. Auch ich versuche, mit den Mitteln, die mir zu Gebote stehen, der Vernunft in meinem Lande und in der Welt voranzuhelfen: Jener Vernunft, die uns den Frieden befiehlt, weil der Unfriede ein anderes Wort für die extreme Unvernunft geworden ist. Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio. Auch wenn das noch nicht allgemeine Einsicht ist: Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche.“

### 1.2 Verträge:

Eine nach solchen Prinzipien - Europa als Sicherheitssystem, Gewaltverbot, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Nichteinmischung, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, soziale Gerechtigkeit, weltweite Entwicklung - gestaltete Politik wurde in den folgenden Jahrzehnten immer wieder in wichtigen internationalen Dokumenten beschlossen: In der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa<sup>2</sup> mit seiner Schlussakte<sup>3</sup>, der „Charta von Paris“<sup>4</sup> von 1990 und dem Vertrag über den NATO-Russland-Rat<sup>5</sup> von 1997.

Ging es in der Schlussakte der KSZE 1975 darum, einen Ausweg aus dem Kalten Krieg zu finden, der ja jederzeit in einen heißen Krieg umschlagen konnte, wollte die „Charta von Paris“ 1990 einen Weg für den Neubeginn der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen von Ost und West nach dem Ende des Realsozialismus weisen, so ging es bei der Gründung des NATO-Russland-Rates 1997 um die Gestaltung der gemeinsamen Sicherheit unter der Bedingung der Ausweitung der NATO - warum eigentlich? - nach Osteuropa.

<sup>1</sup> <http://www.a-k-dahesch.de/brandt.html>, Vortrag des Bundeskanzlers Willy Brandt zum Thema „Friedenspolitik in unserer Zeit“ in der Universität Oslo am 11. Dezember 1971 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises

<sup>2</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz\\_%C3%BCber\\_Sicherheit\\_und\\_Zusammenarbeit\\_in\\_Europa](http://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa)

<sup>3</sup> [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0024\\_ksz&object=abstract&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0024_ksz&object=abstract&st=&l=de)

<sup>4</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Charta\\_von\\_Paris](http://de.wikipedia.org/wiki/Charta_von_Paris), <http://www.bundestag.de/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf>

<sup>5</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Russland-Rat>

### **1.2.1 Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“**

In der Schlussakte der KSZE in Helsinki von 1975 einigten sich die Teilnehmerstaaten aus Europa und Nordamerika auf zehn Prinzipien des Umgangs miteinander:

„Die zehn Prinzipien waren: Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte, Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität der Staaten, friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben“<sup>1</sup>

Damit war eine gesamteuropäische Ordnung geschaffen, die die überkommenen Konflikte des Gegensatzes der Systeme einhegte, ohne sie abzuschaffen, und gleichzeitig jene Strukturen schuf, mit denen die Krisen der 80er Jahre, die „Nachrüstung“ und die politischen Umstürze der Jahre 1989ff in den osteuropäischen Ländern abging. Es zeigte sich, dass es möglich ist, bei gegenseitigem politischen Respekt ungeachtet grundlegend unterschiedlicher politischer und ökonomischer Ordnung gefährliche Situationen ohne Krieg zu bewältigen.

### **1.2.2 Charta von Paris 1990**

Nach den Wenden vom 1989 in den verschiedenen Ländern des Realsozialismus. Wurde diese Erfahrung mit der Charta von Paris bestätigt. Ein neues Bild von Europa wurde entworfen, bis hin zu Grundzügen des politischen Systems der einzelnen Teilnehmerstaaten. Das Europa der Zukunft sollte nach dem „Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas“ eine Gemeinschaft der „Achtung und Zusammenarbeit“ sein.

Es sind wieder dieselben Prinzipien, um die es hier geht: Man kann sie unter dem Stichwort der „Gegenseitigen Sicherheit“ zusammen fassen. Es wird, wenn auch in sehr allgemeinen Worten, das „Gemeinsame Haus Europa“ (Gorbatschow) formuliert.

Allerdings: Das Dokument befasst sich mit den Beziehungen zwischen den Staaten, nicht mit den Beziehungen zwischen den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Blöcken auf dem Kontinent. Vielleicht lag das daran, dass man damals davon ausging, dass im Zuge der Gestaltung eines neuen Europas diese Blöcke eh keine Zukunft mehr haben werden. Genau an der Stelle zeigten sich aber problematische Entwicklungen.

### **1.2.3 NATO-Osterweiterung und NATO-Russland-Rat**

Aber statt diese alle Staaten umfassenden Gemeinsamkeiten zu entwickeln, ging es in den 90er Jahren um die insbesondere von Deutschland gewünschte Osterweiterung der NATO und der Europäischen Union (EU). Russland wendete sich dagegen, auf diese Weise aus den europäischen Angelegenheiten ausgeschlossen zu werden. Um den Konflikt zu entschärfen, schloss die

---

<sup>1</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz\\_%C3%BCber\\_Sicherheit\\_und\\_Zusammenarbeit\\_in\\_Europa](http://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa)

NATO 1997 mit Russland den Vertrag über den NATO-Russland-Rat. Mit ihm sollte, so schien es, Russland ein Mitspracherecht in Angelegenheiten der NATO gegeben werden.

Dieser Vertrag enthielt wieder programmatische Aussagen, die man heute kaum mehr glauben mag:

„Die Organisation des Nordatlantikvertrags und ihre Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation, auf der anderen Seite ... werden auf der Grundlage einer dauerhaften politischen Engagement auf höchster politischer Ebene es unternehmen, gemeinsam einen dauerhaften und umfassenden Friedens im euro-atlantischen Raum auf den Grundsätzen der Demokratie und der kooperativen Sicherheit zu bauen.

NATO und Russland betrachten sich gegenseitig nicht als Gegner. Sie teilen das Ziel der Überwindung der Überreste der früheren Konfrontation und Wettbewerb und der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit. Dieser Vertrag bekräftigt die Entschlossenheit der NATO und Russland zur konkreten Ausgestaltung ihres gemeinsamen Eintretens für eine stabile, friedliche und ungeteiltes Europa zu bauen, ganz und frei, zum Nutzen aller seiner Völker. ... Sie (die Vertragspartner; HL) wollen sich auf der Basis von gemeinsamem Interesse, der Gegenseitigkeit und der Transparenz zu einer starken, stabilen und dauerhaften Partnerschaft entwickeln.“<sup>1</sup>

Von der Vertragslage her schien Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts alles auf dem besten Weg zu sein, wenn auch der Jugoslawien-Krieg hätte schon misstrauisch machen müssen. Aber dieser Krieg kam in der deutschen Öffentlichkeit kaum unter dem Aspekt des Verhältnisses der NATO-Staaten zu Russland Blick. Während des Kosovo-Krieges wurde dieser Rat von der NATO still gestellt; als man ihn gebraucht hätte, gab es ihn nicht.

---

<sup>1</sup> [http://www.nato-russia-council.info/media/59451/1997\\_nato\\_russia\\_founding\\_act.pdf](http://www.nato-russia-council.info/media/59451/1997_nato_russia_founding_act.pdf)

## 2. Die Krise

### 2.1 Putin im Bundestag und die Osterweiterung der EU

Nichtsdestoweniger umwarb Russland weiterhin die westlichen Staaten. In seiner mit viel Beifall bedachten Rede im Bundestag vom 25.09.2001 sagte Wladimir Putin kritisch an die NATO gewendet:

„Was fehlt heute, um zu einer effektiven Zusammenarbeit zu gelangen? Trotz allem Positiven, das in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurde, haben wir es bisher nicht geschafft, einen effektiven Mechanismus der Zusammenarbeit auszubauen. Die bisher ausgebauten Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung der Beschlussfassung mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen manchmal überhaupt ohne uns getroffen. Wir werden dann nachdrücklich gebeten, sie zu bestätigen. Dann spricht man wieder von der Loyalität gegenüber der NATO. Es wird sogar gesagt, ohne Russland sei es unmöglich, diese Entscheidungen zu verwirklichen. - Wir sollten uns fragen, ob das normal ist, ob das eine echte Partnerschaft ist. ...

Noch vor kurzem schien es so, als würde auf dem Kontinent bald ein richtiges gemeinsames Haus entstehen, in welchem Europäer nicht in östliche und westliche, in nördliche und südliche geteilt werden. Solche Trennungslinien bleiben aber erhalten, und zwar deswegen, weil wir uns bis jetzt noch nicht endgültig von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben.“

Es gab aber keine Vertiefung der Zusammenarbeit. Stattdessen traten viele osteuropäische Staaten der EU bei, so dass mit Ausnahme des engen Verbündeten Weißrussland - ein keineswegs sympathischer Staat - und der Ukraine, die wirtschaftlich eng an Russland gebunden war, Europa politisch und wirtschaftlich EU-Europa war und militärisch NATO und auch EU-Europa. Russland blieb außen vor.

Spätestens mit dieser EU-Osterweiterung wurde deutlich, dass es eine gemeinsame europäische Entwicklung, die auch Russland umfasst, das „gemeinsame Haus Europa“ (Gorbatschow) nicht geben wird. Der Westen setzte die EU an eben dessen Stelle, mit Ausschluss Russlands und aller anderen Staaten, die sich ungehorsam zeigten oder ungehorsam gezeigt hatten.

### 2.2 Putin und die Münchner Sicherheitskonferenz

Viel härter urteilte Putin deshalb bei der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007: Nachdem er die einseitige Zunahme militärischer Gewalt zur (angeblichen) Lösung von Problemen in der Welt beklagt hat, etwa der Kriege gegen den Irak und in Afghanistan, stellte fest, dass mit diesen Interventionen nicht nur kein Problem gelöst wurde, sondern die Probleme vielmehr verschärft und das Leiden der Menschen vermehrt wurde. Das Völkerrecht spielte in all diesen Kriegen kaum noch eine Rolle.

„Und was ist das Resultat?“



Die einseitigen und des öfteren unlegitimen Handlungen haben kein einziges Problem gelöst. Mehr noch: Sie haben zu neuen menschlichen Tragödien und zu neuen Spannungsherden geführt. Urteilen Sie selbst: Die Kriege sowie die lokalen und regionalen Konflikte sind nicht weniger geworden. ... Dabei sterben in diesen Konflikten nicht weniger, sondern sogar mehr Menschen als früher. Wesentlich mehr - wesentlich mehr! ...

Wir beobachten eine immer stärkere Vernachlässigung der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts. ...

Uns beunruhigen auch die Pläne zur Stationierung von Teilen eines Raketenabwehrsystems in Europa. Wer braucht diese neue Runde des Wettrüstens, die in diesem Fall unvermeidlich wäre? Ich zweifle stark daran, dass die Europäer selbst das brauchen.“

„Ich denke, dass es offensichtlich ist: Der Prozess der NATO-Erweiterung hat mit einer Modernisierung der Allianz selbst oder mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa nichts zu tun. Im Gegenteil: Dies ist ein ernsthafter provokativer Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens herabsetzt.“<sup>1</sup>

Er kritisierte die Pläne, in Europa ein neues System der Raketenabwehr einzurichten und setzte sie in Verbindung mit der NATO-Osterweiterung, die er als Bruch der Zusage des Westens von 1990 ansah, nach der Wiedervereinigung Deutschlands keine NATO-Truppen außerhalb Westdeutschlands zu stationieren.

Man äußerte sich entsetzt über diese Rede Putins, das war es dann aber auch schon.

## 2.3 Der Vorschlag Medwedews

In der Georgien-Krise von 2008 zeigte sich, dass die bisherigen vertraglichen Grundlagen der Beziehungen zwischen den Staaten und den politischen Organisationen nicht ausgereicht hatten. Deshalb schlug der damalige russische Präsident Medwedew einen KZSE2-Vertrag vor<sup>2</sup>. Er sollte die Schlussakte KSZE von Helsinki nicht ersetzen, sondern in zweierlei Hinsicht ergänzen:

1. Auch die Organisationen der Staaten wie NATO und die CSTO<sup>3</sup> - eine Militärorganisation aus Nachfolgestaaten der Sowjetunion - , EU, GUS und OSZE sollten Teilnehmer der Verhandlungen über den Vertrag sein, und
2. der Vertrag sollte festlegen, dass die Teilnehmerstaaten keine neuen politisch-militärischen Verpflichtungen eingehen sollten.

<sup>1</sup> [http://de.ria.ru/comments\\_interviews/20070213/60672011.html](http://de.ria.ru/comments_interviews/20070213/60672011.html)

<sup>2</sup> Interessant deshalb, dass im „Presseclub“ der ARD vom 10.08.2014 der Russland-Kenner und ehemalige WDR-Intendant Fritz Pleitgen einen neuen KSZE-Vertrag als Ziel einer Lösung des gegenwärtigen Ukraine-Konflikttest verschlug. Das „Weimarer Dreieck“ der EU - Frankreich, Deutschland und Polen - sollten in dieser Hinsicht aktiv werden. - Genauso der gemeinsame Beitrag des ehemaligen russischen Außenministers Iwanow und des ehemaligen britischen Außen- und Verteidigungsministers Rifkin in der New York Times vom 03.08.2014: [http://www.nytimes.com/2014/08/04/opinion/the-risk-of-a-new-cold-war.html?\\_r=1](http://www.nytimes.com/2014/08/04/opinion/the-risk-of-a-new-cold-war.html?_r=1)

<sup>3</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation\\_des\\_Vertrags\\_%C3%BCber\\_kollektive\\_Sicherheit](http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_des_Vertrags_%C3%BCber_kollektive_Sicherheit), [http://en.wikipedia.org/wiki/Collective\\_Security\\_Treaty\\_Organization](http://en.wikipedia.org/wiki/Collective_Security_Treaty_Organization), [http://www.odkb.gov.ru/start/index\\_aengl.htm](http://www.odkb.gov.ru/start/index_aengl.htm)

Es ging also darum, die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa zu beenden. Genau deshalb wurde der Vorschlag im Westen nicht positiv aufgegriffen. Verhandlungen fanden nicht statt.

Wolfgang Ischinger, heute Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz, kommentierte damals im Berliner Tagesspiegel:

„Zielt das in Richtung eines weitreichenden russischen Vetorechts? ... In keinem Fall darf Art. 5 des Nordatlantikvertrags infrage gestellt werden. Auch darf dieser Vertrag in keiner Weise die Freiheit der Bündniswahl für einzelne europäische Staaten beeinträchtigen. Diese und andere Fragen müssen sorgfältig geklärt werden.“<sup>1</sup>

Und dann wäre er wertlos....

---

<sup>1</sup> <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/positionen-keine-angst-vor-medwedew/1641946.html>

### 3. Der grundlegende Konflikt

#### 3.1 Walter Stütze

Es ist jedoch keineswegs so, dass diese von Putin angesprochene Wende in der westlichen Sicherheitspolitik in Deutschland selbstverständlich mitgemacht wird. Gerhard Schröder und Joschka Fischer sind George W. Bush nicht in den Irak-Krieg gefolgt, Angela Merkel und Guido Westerwelle waren bei den Bomben auf Libyen nicht dabei. Es gibt Gegensätze zwischen deutscher Außenpolitik einerseits und us-amerikanischer Politik andererseits, aber auch innerhalb der EU und zwischen der EU und den USA. Walter Stütze, ehemals sozialdemokratischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, hält weiter am Prinzip der „Gemeinsamen Sicherheit“ fest.

„Aufgabe deutscher Politik muss es sein, den anhaltenden Stillstand zu überwinden und mit neuen Vorschlägen den in der Charta für ein neues Europa zugesagten, aber bisher nicht eingeleiteten Prozess in Gang zu setzen.“<sup>1</sup>

#### 3.2 Bundespräsident Gauck

Die aktuelle Diskussion geht von der Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck aus. Eine sorgfältig eingebaute Rede<sup>2</sup>, ein abgestimmtes politisches Signal. In der „ZEIT“ konnte man dazu lesen:

„Der Bundespräsident hat seit Langem auf eine Gelegenheit gewartet, auf den richtigen Zeitpunkt und auf den richtigen Ort. Erst leise, dann immer lauter hatte Joachim Gauck angedeutet, was er von dem Reflex des „Ohne uns“ in der deutschen Sicherheitspolitik hält.

Im Juni 2011, da war Gauck noch nicht Bundespräsident, sagte er in seiner Dankesrede für den Ludwig-Börne-Preis in der Frankfurter Paulskirche: „Ich habe in meinem Leben gelernt, dass derjenige, der nichts tut, nicht unbedingt das Richtige tut.“ Gerade hatte sich die Bundesregierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Stimme enthalten, als es um ein militärisches Eingreifen in Libyen ging, gegen das Votum der engsten Verbündeten Frankreich, Großbritannien und Amerika. Gauck missfiel das.

Bei seiner Ansprache zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 fragte Gauck, nunmehr Bundespräsident, schon viel deutlicher: „Lassen wir andere unsere Versicherungspolice zahlen? Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes?“

Schließlich bietet sich die Gelegenheit, auf die der Bundespräsident aus ist. Im Sommer 2013 kommen die Organisatoren der Münchner Sicherheitskonferenz auf Gauck zu. Ob er nicht die Festrede zum 50. Jubiläum der renommierten Tagung halten wolle? Was der Begriff der Freiheit in der internationalen Politik bedeute – ob

<sup>1</sup> Große Koalition: Außenpolitik ohne Plan und Ziel, Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014, Seite 37-40

<sup>2</sup><http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html?nn=1891550>

das nicht ein schönes Thema für ihn wäre? Der Bundespräsident nimmt die Einladung gern an. Aber sein Thema setzt er selbst: Deutschlands Verantwortung und seine Rolle in der Welt.

Monatelang wird an Gaucks Redetext gefeilt, der Inhalt wird mit dem Auswärtigen Amt und mit dem Verteidigungsministerium abgestimmt. Natürlich auch mit dem Kanzleramt, aber da erkennt man seine Brisanz offenbar nicht richtig. Dabei geht es Gauck in den Worten eines langjährigen Beobachters der Berliner Szene um zwei fundamentale Botschaften. Die Botschaft nach außen: Deutschland muss und wird künftig mehr Verantwortung übernehmen. Die Botschaft nach innen: Wir müssen die deutsche Öffentlichkeit aus dem von Frau Merkel verursachten Tiefschlaf aufwecken. Dafür ist der Bundespräsident bereit, bis an die Grenzen seiner Amtskompetenzen zu gehen, die ihm eine Einmischung in die operative Politik verbieten.“<sup>1</sup>

Es ging darum, die politische Diskussion zu wenden. Die faktische Niederlage der Bundeswehr in Afghanistan hat die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr wachsen lassen. Gauck fordert in dieser Rede Verständnis dafür, dass die Bundeswehr immer wieder im Ausland eingesetzt wird. Er begründet das auf zweierlei Weise:

1. Deutschland habe wegen seiner „überdurchschnittlichen Globalisierung“ das allererste außenpolitische Interesse, die gegenwärtige neoliberal bestimmte Weltwirtschaftsordnung zu erhalten, wenn es sein muss, dann eben auch mit militärischer Gewalt.
2. Aber so schlicht und klar kann man das natürlich nicht sagen; die verlangte Bereitschaft zu militärischen Interventionen wird natürlich auch ethisch begründet. Die deutsche Politik sei „wertebasiert“ und von der Achtung der Menschenrechte bestimmt. Der weltweite Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgungen ist eben auch militärisch zu unterstützen, Deutschland könne da im Bündnis mit den anderen Staaten der NATO und der EU nicht tatenlos an der Seite stehen.

Deutschland tritt ein für einen Sicherheitsbegriff, der wertebasiert ist und die Achtung der Menschenrechte umfasst. Im außenpolitischen Vokabular reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand. Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. ....

Dass Freihandel sich auf Frieden reime, ist eine recht eigenartige Sicht der Dinge. Denn Freihandel wird teils mit Krieg und Gewalt durchgesetzt, man denke an den Krieg gegen Jugoslawien oder an die gegenwärtigen Eingriffe in die Ukraine. Und Warenaustausch hängt nur dann mit Wohlstand hängt, wenn gleich entwickelte und gleich starke Partner miteinander tauschen, sonst führen freier Handel und Warenaustausch zur ungleichmäßigen Entwicklungen, also zur Vertiefung von Gegensätzen.

---

<sup>1</sup> <http://www.zeit.de/2014/07/deutsche-aussenpolitik-sicherheitskonferenz/komplettansicht>

Aber hier wird schon deutlich, wie das Argument läuft: Es gibt eine bestimmte Ordnung, zu der im Kern der Handel gehört, die teils schon verwirklicht ist und wo sie noch nicht gilt, durchgesetzt werden muss. Sie ist die Norm der Dinge, der Schöpfung geradezu schon eingebaut.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde. .... Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein.

### 1.3 Steinmeier

Die Rede Walter Steinmeiers auf der Münchner Sicherheitskonferenz war mit der Rede Gaucks abgestimmt. Aber, liest man genau, dann könnte es Unterschiede geben, die bislang so nicht beachtet wurden. Steinmeier betont viel deutlicher als Gauck die Rolle diplomatischer Verhandlungen vor und während politischer und militärischer Krisen. Vielleicht ist das auch nur Arbeitsteilung, der Bundespräsident gibt eine Richtung an, der Außenminister beschreibt die dabei zu realisierenden Prinzipien. Und beide, Gauck und Steinmeier sprechen in identischer Formulierung davon, Deutschland müsse sich „früher, entschiedener und substantieller einbringen“.

Steinmeier ist mir dennoch nicht so recht durchschaubar: Die Politik aus Berlin ist in den gegenwärtigen Krisen jedenfalls nicht sehr laut. Es sieht auch nicht so aus, als ob sie international wirklich gefragt wird.

### 1.4 SWP und GMF: „Neue Macht - neue Verantwortung“

Man kann vermutlich sagen, dass das swp-Papier<sup>1</sup> „Neue Macht - neue Verantwortung/ Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ vom Herbst 2013 die Argumentation enthält, auf die die führenden Kreise von Politik und Presse sich für die nächsten Jahre geeinigt haben. An ihm waren Politiker aus allen Parteien des Bundestags, Beamte des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und der Bundesministerien für Wirtschaft und der Verteidigung, Professoren der Universitäten Berlin (FU und HU), Jena, Frankfurt/Main und Frankfurt/Oder, Journalisten der ZEIT und der FAZ, Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauerstiftung, des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ und der Daimler AG, der Bertelsmannstiftung und auch von Amnesty International. Dazu kamen etliche Teilnehmer aus politischen Stiftungen und Forschungs- und Beratungseinrichtungen, die sich mit Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen. Alle Einrichtungen, die in Deutschland Rang, Namen und Einfluss haben, waren vertreten. Vertreter kritischer Friedensforschung waren nicht dabei, die Friedensbewegung sowieso nicht.

---

<sup>1</sup> Neue Macht - Neue Verantwortung - Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF), 2013 [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt\\_papiere/DeutAussenSicherh-pol\\_SWP\\_GMF\\_2013.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherh-pol_SWP_GMF_2013.pdf)

Über die genaue Bedeutung dieser Konferenz und dieses Papiers kann ich nur mutmaßen: Mindestens ging es um eine Abstimmung der Argumentation für eine Wende der deutschen Politik vom überkommenen Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ zu einer Politik des „früher, entschiedener und substantieller“ der immer noch widerstrebenden Bevölkerung gegenüber. Vielleicht ging es auch darum, die konzeptionelle Grundlage für längerfristige Kooperationen zu schaffen.

Der führende Mann bei der Erstellung des Papiers, der frühere ZEIT-Redakteur Thomas Kleine-Brockhoff ist jetzt Politikplaner beim Bundespräsidenten Gauck. Die Rede Gaucks auf der Münchner Sicherheitskonferenz kann als Popularisierung der Gedanken dieses Papiers verstanden werden.

Ich kann nur ein paar Aspekte ansprechen. Der Hintergrund des Konfliktes in und um die Ukraine findet sich in diesen Worten:

„In Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft muss die EU als regionale Ordnungsmacht Stabilität und gute Regierungsführung anstreben – und dabei nicht nur auf Regierungen zielen, sondern auf Zivilgesellschaften. Hierzu sollten wirtschaftliche, diplomatische und auch sicherheitspolitische Instrumente konsequent eingesetzt werden. Die Förderung von Demokratisierung, Pluralisierung, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte in Transformationsgesellschaften sowie in autoritär regierten Ländern bleibt ein zentrales Interesse der EU und Ziel der Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die EU die Öffnung des Binnenmarkts für Waren, Arbeitskräfte und Dienstleister aus den Nachbarländern zügig vorantreibt, um Anreize für innerstaatliche Reformen zu setzen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Förderung der Mobilität zwischen der EU und den Staaten der europäischen Nachbarschaft, insbesondere für die jungen Generationen. Deutschland muss dazu beitragen, dass Europa wieder zu einem starken Spieler auf der Weltbühne wird.“<sup>1</sup>

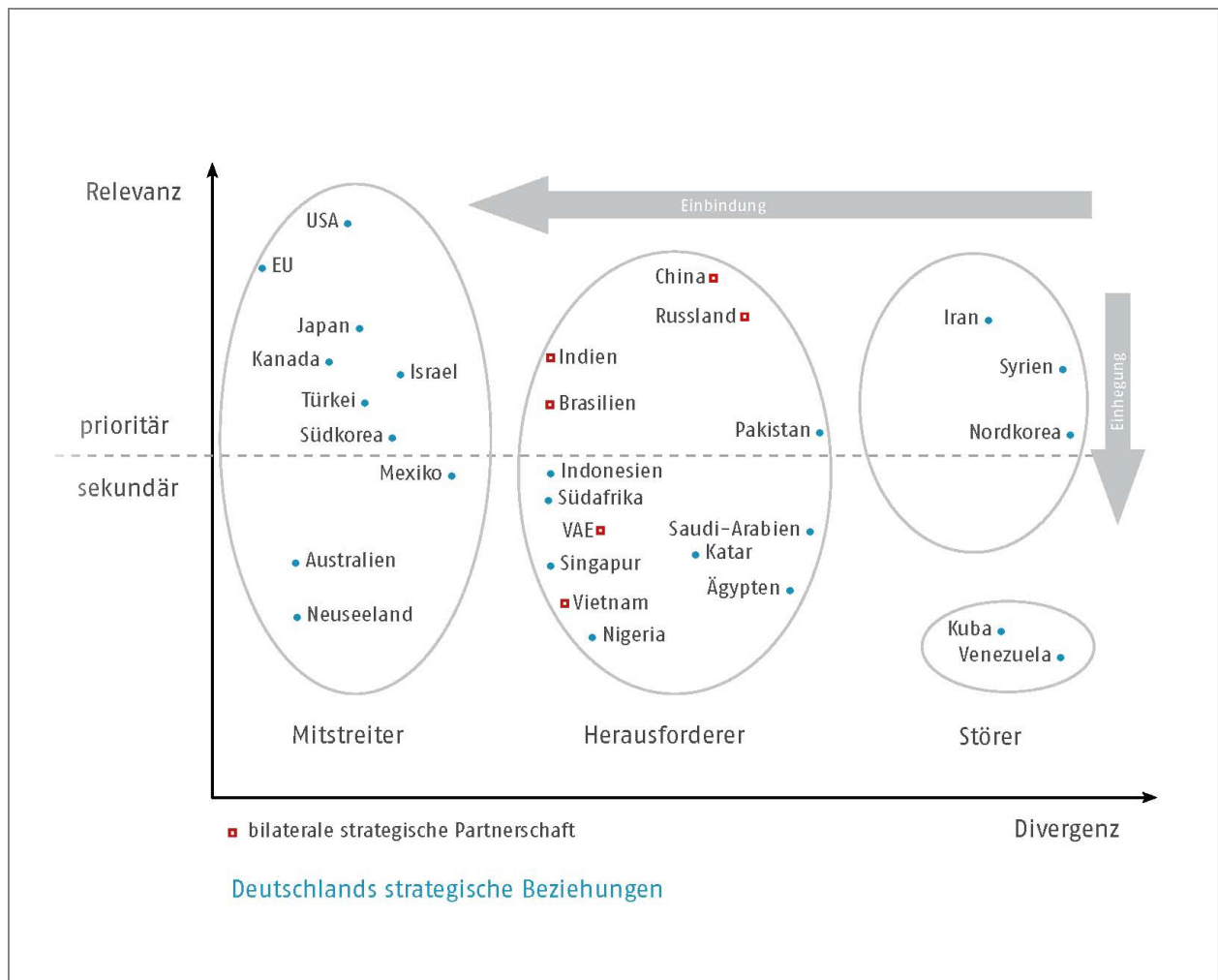
Das sind schon sehr gewichtige Sätze: Die EU soll die politischen und gesellschaftlichen und vermutlich auch wirtschaftlichen Systeme im südlichen Mittelmeerraum, in Nahen Osten und in Europa östlich der jetzt schon zur EU gehörenden Staat EU-kompatibel umbauen<sup>2</sup>. Diese Staaten sollen für den EU-Binnenmarkt geöffnet werden. Dazu sind alle Instrumente, einschließlich „sicherheitspolitischer“ - gemeint ist auch der militärische Eingriff -, anzuwenden. Hier wird ein Programm formuliert, dass man in gesitteteren Zeiten als ein Programm imperialistischer Expansion bezeichnet hätte. In diesen Kontext gehört die so umstrittene Äußerung Gaucks bei der Münchner Sicherheitskonferenz: Sie ist eine Einstimmung in Expansionismus. Die gegenwärtige Krise um die Ukraine begann nicht zufällig mit einer recht ultimativen Aufforderung der EU an die Ukraine, sich für die EU und gegen Russland zu entscheiden.

Die verschiedenen Staaten sind da schon längst sortiert und markiert:

---

<sup>1</sup> Neue Macht S. 26

<sup>2</sup> Dazu Nicole Kasper: Die EU-Nachbarschaftspolitik als Instrument externer Demokratieförderung - Das Beispiel der Ukraine, WeltTrends Thesis | 15, <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2012/6180/>



Aus dem SWP-GMF-Text S. 31

Die Absicht Gaucks und seiner Redenschreiber dürfte kaum sein, eine ergebnisoffene Debatte zu führen. Es mag um ein „Wie“ gehen, keinesfalls jedoch um ein „Ob“ und darum, dass es auch ganz anders gehen könnte.

Der Text geht von Alltagsplausibilitäten aus, die jeder, der nicht genau hinschaut, spontan als richtig erkennen und damit auch anerkennen kann. Die Sprache ist einfach und scheinbar leicht nachvollziehbar, man muss den Text schon gegen den Strich bürsten, um die von ihm gemeinte Praxis zu erkennen. Über Deutschland heißt es:

Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.<sup>1</sup>

„Verantwortung“ ist Schlüsselbegriff der neu-alten Argumentation, wahlweise „neue Verantwortung“ oder „mehr Verantwortung“. Die Verwendung des Begriffs an dieser Stelle ist ja plausibel, niemand wird sie bestreiten: Wer stärker wird, hat mehr Verantwortung, ob er sie

<sup>1</sup> Neue Macht S. 2



haben will oder nicht. Die Frage ist nur: „Verantwortung wofür?“ und „Verantwortung wozu?“ Verantwortung ist ein hoher Wert, Verantwortung der Eltern für ihre Kinder, Verantwortung im Straßenverkehr, die Verantwortung eines Politikers - da stutzt der eine oder andere vielleicht -, Verantwortung für die Zukunft, die Menschheit. Da ist immer gleich ein hoher Ton drin, der die genaue Nachfrage behindert, vielleicht gar behindern soll....

Aber nun kommt die Folgerung, nun kippt der Text:

„Das überragende strategische Ziel Deutschlands ist der Erhalt und die Fortentwicklung dieser freien, friedlichen und offenen Ordnung. Deutschland müsste künftig schon mehr tun als jetzt, um diesen für es vorteilhaften Status quo zu bewahren. Es wird erst recht mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um regionale und globale Ordnungsstrukturen den veränderten Herausforderungen anzupassen.“<sup>1</sup>

Auf der Oberfläche ist der Text noch plausibel: Womit es uns gut geht, kann es allen anderen auch gut gehen, wenn sie es nur einsehen. Das ist die Merkel-Logik: Wenn wir erfolgreich sind, weil wir unsere Wirtschaft durch Sozialabbau und Niedriglöhne auf Export getrimmt haben, dann sollen die anderen Ländern das doch auch machen. Aber wenn alle exportieren wollen, wer soll dann importieren? Diese am Merkantilismus orientierte Politik setzt immer voraus, dass die anderen zahlen, egal, wo sie ihr Geld her haben.

Es könnte ja sein, dass die Störungen dieser Ordnung aus den Regeln dieser Ordnung selbst entspringen. Es könnte ja auch sein, dass diese Ordnung sogar grundlegende Fehler enthält. Etwa den, dass Konkurrenz auf dem Markt immer zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals führt, also zu vielen Arten wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit, die sich in politischen Spannungen und Krisen äußern können. Das alles wird nicht diskutiert. Aus dem Tatbestand, dass es den Deutschen - wenn auch nicht allen - gut geht, folgt dem Text umstandslos, dass diese Ordnung auf weltweit zu gelten hat und, wo man nicht will, die jeweils widerspenstige Ordnung der anzupassen ist, die zu gelten hat, wie wird bei Gauck erfahren haben, notfalls auch mit militärischer Gewalt.

„Das kann es jedoch nur gemeinsam mit anderen tun.

Gefragt sind mehr Gestaltungswillen, Ideen und Initiativen. Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen. Aber unter den Bedingungen von Vernetzung und gegenseitiger Abhängigkeit – und ganz besonders im Rahmen der multilateralen Bindungen, die es selbst gewählt hat (VN, EU, NATO) – kann das nur heißen: führen für gemeinsame Ziele, führen mit anderen und mit Rücksicht auf andere.“<sup>2</sup>

Wer fragt da nach mehr deutschem „Gestaltungswillen“, nach mehr deutschen „Ideen und Initiativen“? Wir erfahren es nicht. Vielleicht fragt ja auch gar keiner, es sei denn, die Frage ist bestellt. Und wer fragt vor allem nach deutscher „Führung“, wenn auch vernetzt „mit anderen und mit Rücksicht auf andere“. Und was bedeutet das? Muss man sich das wie eine kleine Ausgabe der um die USA gescharten „Koalition der Willigen“ vorstellen, geschart um die deutsche

---

<sup>1</sup> Neue Macht S. 3

<sup>2</sup> Neue Macht S. 3



Bundeskanzlerin und die Bundeswehr, mit denen an der Spitze ein Krieg beispielsweise gegen Syrien geführt wird? Dunkel ist da der Rede Sinn, aber man kann Fürchterliches ahnen.

„Deutschland mit seiner freien und offenen Bürgergesellschaft lebt wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung. Seine gegenwärtige Stärke beruht wesentlich auf seiner Fähigkeit zu Reformen, die seine Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit erhalten haben – aber noch mehr auf seinem Erfolg als Handels- und Exportnation. Es ist existenziell abhängig vom Austausch (von Menschen, Gütern, Ressourcen, Ideen und Daten) mit anderen Gesellschaften. Deutschland braucht also die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen. Mehr noch aber braucht es das stabile und vitale globale Umfeld, das diese Freiheiten erst möglich macht: ein starkes Europa, und eine liberale, normengestützte Weltordnung mit freien, offenen Staaten und Gesellschaften. Deutschlands überragendes strategisches Ziel muss es daher sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und weiter zu entwickeln.“<sup>1</sup>

Das ist nicht neu: Es geht um den Export des eigenen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Politikmodells als einer Umgebung, in der die eigenen Warenexporte sicher aufgenommen und gefälligst auch bezahlt werden. So neu ist das nicht, ungefähr 100 Jahre alt.<sup>2</sup>

„Gleichzeitig unterhält Deutschland allerdings auch strategisch wichtige Beziehungen zu Staaten, die zwar hohe Wachstumsraten und Renditen versprechen, aber bisher wenig Neigung zeigen, sich das westliche Staats- und Gesellschaftsmodell zum Vorbild zu nehmen. Aus diesem Spannungsverhältnis folgt indes keineswegs, dass Deutschland im Zeichen einer neuen „Realpolitik“ zwischen seiner tradierten normativen und multilateralen Ausrichtung und einer geoökonomisch orientierten Außenpolitik zu wählen hat; oder dass es sich gar – noch deutlicher gesagt – zwischen seinen Werten und seinen Interessen entscheiden muss. Richtig ist, dass Zielkonflikte zwischen deutschen Werten und Interessen, gerade im Verkehr mit autoritären Staaten, kurzfristig oft unvermeidbar sind und im konkreten Einzelfall ausbalanciert werden müssen. In der langfristigen Perspektive aber ist Werteorientierung für eine westliche Demokratie ein existenzielles Interesse. Denn Menschenwürde, bürgerliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation gefährden nicht etwa die Stabilität einzelner Länder und Regionen, sie sind deren Voraussetzung.“<sup>3</sup>

In der langfristigen Perspektive sollen alle anderen Staaten, die Partner der Exportnation Deutschland sind, sich im Inneren nach deutschem Vorbild umbauen. Das ist eine politische Vorstellung, die vom Westen nach 1989 an andere Staaten herangetragen wurde. Herausragende Beispiele sind Jugoslawien, der Irak, Afghanistan, der Iran, Libyen, Ägypten, Syrien, die Ukraine... Nicht jedoch Saudi-Arabien, Qatar.... Bislang immer gescheitert, zu einem hohem Preis vor allem der einheimischen Bevölkerung. Auch für und gegen China werden diese Prinzipien

<sup>1</sup> Neue Macht S. 6

<sup>2</sup> Vgl. Kronauer, Jörg: Ziel fast erreicht - 1914-2014 Europapolitik des deutschen Kapitals damals und heute, in: Manifestation gegen imperialistische Kriege - XIX. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz 2014, Berlin 2014

<sup>3</sup> Neue Macht S. 6

eingeklagt. Ihre Verwirklichung nach jugoslawischem Vorbild mag man sich gar nicht vorstellen.

Eine freundliche Formulierung, mit möglicherweise katastrophalen, geradezu mörderischen Auswirkungen.

„Deutsche Außenpolitik wird nach wie vor mit alten, aber auch mit neuen Partnern zusammen arbeiten; mit bewährten gleichgesinnten Freunden und Verbündeten, mit Herausforderern und manchmal sogar mit Störern. Kooperation – von multilateralen Institutionen über Bündnisse bis hin zur supranationalen Integration – dient aber heute nicht mehr bloß der Delegation von Aufgaben, der Verstärkung von Ressourcen und Kräften oder der Begründung von Legitimität. Ein so tief in die Weltwirtschaft eingebundenes Land wie Deutschland wird immer öfter schlicht keine andere Wahl haben als das gemeinsame Handeln und zwar weil engmaschige Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg das einzig sinnvolle oder gar mögliche Format ist, um Probleme zu lösen, Risiken zu managen oder Gefahren abzuwehren. Die jüngste Vergangenheit hält viele Beispiele (Libyen, Mali, Syrien) dafür bereit, dass trotz dieser gegenseitigen Abhängigkeit Meinungsverschiedenheiten unter Verbündeten möglich und sogar legitim sind.“<sup>1</sup>

Das Bombardement Libyens als Krisenmanagement. So kann man das auch sehen. Mit dem Artilleriebeschuss von Donezk wird auch nur eine Krise gemanaged, die Belagerung auf dem Maidan...

## 1.5 Russlands Reaktion

Wer den Text von swp/German Marshall Fund gelesen hat, den konnte nicht überraschen, was in der Ukraine geschehen ist. Von einem Entwurf eines Assoziationsvertrages, der die Umstellung der Ukraine auf den EU-Binnenmarkt zum Ziel hat, über das Eingreifen halbstaatlicher Organisationen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung bis hin zur propagandistischen Unterstützung und Begleitung eines Umsturzes. Alles vorgesehene Maßnahmen, vorgesehene Schritte. verblüffend jedoch, dass manche zu denken schienen, dass das alles ohne Reaktionen der anderen Seite bleiben würde. Es ist schon erstaunlich - man könnte es auch bestürzend nennen -, dass die führenden Staaten des Westens meinen, sie könnten Interessen Russlands auch mit Krawall stören, das Russland Putins würde sich schon klaglos dreinschicken. Man hat die Lehren aus der Georgien-Krise von 2008 einfach ignoriert. Wo es mit der Politik der Sanktionen hinführen soll, weiß ja auch keiner. Es scheint so, als gäbe es im Westen zwar langfristige strategische Pläne für den Umbau der Welt im Allgemeinen, Europas und übrigens auch des Nahen Ostens im Besonderen, aber es scheint zu ihrer Verwirklichung nur kurzfristigen Aktionismus zu geben, jedoch keine kohärenten mittelfristigen Perspektiven. Man fängt was an, stürzt mal hier eine Regierung und mal da, setzt mal hier Militär in Bewegung und mal da und schiebt das Chaos, das man da anrichtet, anschließend den vorgesehenen Opfern in die Schuhe.

Die massivste Reaktion Russlands war der Anschluss der Krim. Dass diese Maßnahme Russlands keineswegs klipp und klar völkerrechtswidrig ist, konnte man in Deutschland in der

---

<sup>1</sup> Neue Macht S. 8

FAZ in detaillierter Argumentation nachlesen<sup>1</sup>. Sie verstößt aber gegen die Absichtserklärungen der Schlussakte der KSZE von Helsinki, nach der Grenzen nur im gegenseitigen Einverständnis der Staaten geändert werden dürfen. Wie es denn überhaupt keinen Grund gibt, dem Russland Putins mit besonderer Sympathie gegenüber zu stehen. Aber es reicht anzunehmen, dass die schwächere Macht in diesem Konflikt womöglich die besseren Vorschläge zu seiner Beendigung hat.

Es kann aber auch sein, dass der Anschluss der Krim bei außenpolitischen Entscheidungsträgern im Westen als ein „bis-hierher-und-nicht-weiter“ ankommt. Putin weiß ja, dass Russlands Einfluss auf die Ukraine für viele Jahre geschwächt ist, der Anschluss der Krim macht nur als Rückzugshandlung Sinn.

---

<sup>1</sup> Merkel, Reinhard: Kühle Ironie der Geschichte - Die Krim und das Völkerrecht, FAZ 07.04.2014: „Russland hat völkerrechtliche Ansprüche der Ukraine verletzt. Aber man sollte die Kirche im Dorf lassen. Wer am lautesten nach Sanktionen schreit, lenkt nur ab von der eigenen Blamage.“ - Auch Klenner, Hermann: De jure und de facto - Hintergrund. Juristisches zum Krim-Konflikt, <http://www.jungewelt.de/2014/06-16/022.php>

## 4. Friedensbewegung und heutige Aufgaben

### 4.1 Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein gibt es interessante Reaktionen auf diese krisenhaften Entwicklungen.

#### 4.1.1 Das ISPK der Universität Kiel

Vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) kommt zu dem Ergebnis, dass es nicht weiter schlimm wäre, mit einem feindlichen Russland zu leben, auch wenn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung es anders sieht. Im Augenblick sei eine illusionslose Abschreckung russischer Aggressivität angesagt. Sein Leiter, Prof. Krause, schreibt:

„Wir werden uns für die kommenden Jahre auf konfrontative Beziehungen zu Russland einstellen müssen, es sei denn, Deutschland will die westlichen Bindungen aufgeben und eine Position der Äquidistanz zwischen Russland und dem Westen einnehmen (was fatal wäre, aber offenbar von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung präferiert wird). Mit einem feindlich gesinnten Russland zu leben, ist keine Katastrophe. Solange es gelingt, Russlands militärische Ambitionen durch Abschreckung zu zügeln, kann dieser Konflikt kontrolliert gehalten und auch kontrolliert beendet werden. Angesichts der makro-ökonomischen Entwicklungstrends ist zu erwarten, dass der Westen auch diesen Konflikt mit Russland erfolgreich durchstehen wird – vorausgesetzt deutsche Außenpolitik vermag einen Kurs zu fahren, der sich frei von Angst und von Illusionen hält.“<sup>1</sup>

#### 4.1.2 Das Papier der SPD Schleswig-Holstein

Die SPD in Schleswig-Holstein macht am 27. September in Lübeck einen außerordentlichen Parteitag zum Thema „Friedenspolitik“<sup>2</sup>. Sie hat dafür ein recht umfangreiches Papier vorbereitet, das in der Willy-Brandt-Tradition der „Gemeinsamen Sicherheit“ steht.

„Aus dieser Perspektive heraus sind wir überzeugt, dass gerade angesichts der Vielzahl an Krisen, Konflikte und Kriegen auf der Welt die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas der Verständigung zwischen den Völkern, der friedlichen Austragung von Konflikten, den Menschenrechten, der Abrüstung und der Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung verpflichtet sein muss. ....

Die Ukraine-Krise hat jedoch schlagartig offenbart, dass Europa auch 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges noch keine neue stabile Friedensordnung gefunden hat. Im Gegenteil: Wir stellen überrascht fest, dass auch Europa weiterhin ein konfliktreicher und leicht entzündbarer Kontinent ist und dass das Ost-West-Blockdenken nicht überwunden ist. ...

Die aktuelle Debatte über die künftige Rolle Deutschlands in der internationalen Politik ist für uns Anlass, Notwendigkeit und Chance unsere Friedenspolitik

<sup>1</sup> <http://www.review2014.de/de/aussensicht/show/article/die-europaeische-ordnung-verteidigen/pages/0.html>

<sup>2</sup> Landesparteitag Veranstaltungsort: MuK, Willy-Brandt-Allee 10, 23554 Lübeck, 27.09.2014, 09:00 Uhr

weiter zu entwickeln. Auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln soll sich Deutschland künftig international engagieren? Welche Interessen und Werte leiten uns dabei?

Dabei sind wir nicht auf der Seite derer, die fordern, Deutschland sollte sich in seiner Außenpolitik weitaus stärker und ausschließlicher als bisher von seinen wirtschaftlichen Interessen als rohstoffarmes und exportorientiertes Land leiten lassen, seine ethisch-moralischen Vorbehalte gegen militärische Interventionen abbauen und sich häufiger und stärker als bisher an internationalen Militäreinsätzen beteiligen.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss Friedenspolitik sein. Die sozialdemokratische Friedenspolitik hat im Kalten Krieg der 1970er Jahre den minimalen außenpolitischen Spielraum Deutschlands genutzt und maximale Veränderungen bewirkt: von der Politik der kleinen Schritte zum Fall der Mauer, von den Berliner Passierscheinen zur deutschen Einheit.

Friedenspolitik heute heißt, in den internationalen Organisationen, in denen Deutschland ein Mitglied unter vielen ist - in der EU, der NATO, der OSZE und der UNO - aktiv dazu beizutragen,

- das Völkerrecht als verbindliche Grundlage des Zusammenlebens der Völker und Nationen zu stärken und durchzusetzen,

- eine neue Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für die Überwindung von Ausbeutung und Unterentwicklung in der Dritten Welt zu entwickeln und durchzusetzen,

- die Entwicklungszusammenarbeit als Prävention gegen Krieg und Bürgerkrieg auszubauen und international effektiver zu organisieren,

- den Umwelt- und Klimaschutz als Grundlage für dauerhaftes Leben auf der Erde aktiv zu fördern.

Die Welt, die ihre Ordnung für das Zeitalter der Globalisierung noch nicht gefunden hat, braucht auf diesen Feldern einen starken Motor. Deutschland aufgrund seiner Geschichte, seiner internationalen Glaubwürdigkeit, seiner ökonomischen Kraft und sozialen Stabilität, der Fähigkeiten seiner Diplomatie und Zivilgesellschaft kann ein solcher starker Motor in der Weltinnenpolitik sein.“

Das ist ein ganz richtiger Ansatz. Dem Papier fehlt:

1. Eine umfassendere Analyse „wie ist es zum gegenwärtigen Zustand der Spannungen in Europa gekommen?“ Nichts zur Politik von NATO, EU und den Osterweiterungen. Immerhin finden sich dazu nicht die gängigen Schuldzuweisungen.
2. Ein Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Andererseits: Wer hat die schon?

Wer sich da beteiligen kann, der möge sich beteiligen.

## **4.2 Eine europäische Ordnung des Friedens**

Was kann die Perspektive Europas sein, was kann man tun? Wir kennen ja die Lehren aus den Kriegen und den Kaltem Krieg: Willy Brandt hatte sie in seiner Rede in der Universität Oslo

genannt: Es sind die Prinzipien - Europa System gemeinsamer Sicherheit: Gewaltverbot, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Nichteinmischung, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, soziale Gerechtigkeit, Beitrag zur weltweiten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung. Aber was heißt das heute, aktuell und grundsätzlich?

1. Aktuell: Rückkehr zu den vereinbarten Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit. Dazu gehört, dass die gegenwärtigen Konflikte eingefroren werden. Die Interessen und Positionen der anderen Seite sind zu respektieren.
2. Grundsätzlich: Europa braucht eine neue Sicherheitsarchitektur. Aufbauend auf den Prinzipien der KSZE müssen dabei Vereinbarungen über die Rolle und die Bedeutung der Staatenbünde getroffen werden. Es geht also um das Verhältnis von NATO und EU einerseits und Russland und den mit ihm verbündeten Staaten andererseits. Das ist der völlig richtige Gedanke der Medwedew-Initiative von 2008.

So auch Iwanow und Rifkin - Igor Ivanov is a former foreign minister for the Russian Federation. Sir Malcolm Rifkind is a former foreign secretary and a former defense secretary for Britain - in der New York Times:

„Russian and Western perspectives on the crisis in Ukraine are bound to diverge, but the tragedy of Malaysia Airlines Flight 17 should bring us together. This is not only because we can appreciate and feel saddened by the scale of the human loss, but also because the incident is a harbinger of the wider danger we are in. Of profound concern is the possibility of an unintended escalation of the conflict in eastern Ukraine to a direct NATO-Russia military confrontation. To avoid such a development, policy makers need to relearn some important crisis management lessons from history.“<sup>1</sup>

Die beiden ehemaligen Außenminister schlagen vor:

„First, there needs to be a concerted effort by all parties to ensure military and political restraint not only inside Ukraine, but outside as well. History tells us that one of the most difficult aspects of major-power crisis management is maintaining control over events. ...

Second, we badly need to improve military-to-military communication and engagement between NATO and Russian commands. ...

Third, we need to keep alive some direct dialogue between Russia and the West. The NATO-Russia Council was set up to enable contact and communication between the two sides when the relationship was better. But given the current circumstances, it should meet more frequently, not less. We also need a major international conference to discuss fundamental issues at the heart of the Helsinki Final Act, the 1975 accord that established territorial integrity and human rights as central to the European security order.“

---

<sup>1</sup> Igor Ivanov und Malcolm Rifkind: The Risk of a New Cold War [http://www.nytimes.com/2014/08/04/opinion/the-risk-of-a-new-cold-war.html?\\_r=1](http://www.nytimes.com/2014/08/04/opinion/the-risk-of-a-new-cold-war.html?_r=1)

Aber es wird nicht reichen, zusätzliche politische Konstruktionen für Europa zu basteln. Wenn eine der wesentlichen Ursachen der gegenwärtigen Konflikte der neoliberale Missionsdrang ist, ob in amerikanischer, EU-mäßiger oder deutscher Form - wie er in dem Papier von SWP und des German Marshall Funds zum Ausdruck kommt, dann wird man auch Vereinbarungen über das Verhältnis unterschiedlicher ökonomischer Systeme, unterschiedlicher ökonomischer Konzeptionen und unterschiedlicher politischer Ideologien in den Beziehungen zwischen den Staaten treffen müssen. Das Verhältnis u.a. des Europas der „Vier Freiheiten“ des Binnenmarktes zu anderen Staaten, die draußen bleiben wollen, muss geklärt werden.

### 4.3 Bündnisse und gemeinsame Zuspitzung

Mich hat erschrocken gemacht, wie schnell unsere Journalisten in den Kampfanzug geschlüpft sind. Es gibt, wie wir inzwischen wissen, Verbindungen zwischen leitenden Journalisten und solchen Organisationen wie dem German Marshall Fund, die sich unmittelbar in den Massenmedien auswirken. Da wird einseitig berichtet, da wird Partei ergriffen, da wird zu mehr Rüstung und zu mehr Konfrontation gehetzt. Wie in der ZEIT zu lesen war: „Stunden noch 300.000 US-Soldaten in Europa, hätte Putin gegenüber Krim und Kiew vorsichtiger kalkuliert.“<sup>1</sup>

Es gibt jetzt viele Initiativen, die anderes als diese Politik, die man ruhig neoimperialistisch nennen kann, wollen. Das reicht von Initiativen gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr bis hin zur SPD in Schleswig-Holstein. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass sich eine neue Friedensbewegung etabliert, die wie in den 80er Jahren in der Politik ein gewichtiges Wort mit spricht. Aber es fehlt noch zweierlei, wenn wir die Friedensbewegung der 80er Jahre zum Vergleich heranziehen:

1. Dass es damals um „Nachrüstung“ ging, konnte nach einer gewissen Zeit nur noch in bestimmten Teilen der Presse behauptet werden. Die Friedensbewegung hatte in aller Breite den Nachweis geführt, dass es um die Gewinnung neuer strategischer Möglichkeit ging. In zig Friedensinitiativen, in fast jedem Ort gab es eine, in jedem Stadtteil in den Großstädten, wurde gelesen und diskutiert. Der Büchermarkt war von von Büchern mit allem Pro und Contra.
2. Es gab über die verschiedenen Strömungen in der Friedensbewegung hinweg ein gemeinsames Ziel: Verhinderung der Stationierung der Mittelstreckenraketen. Auf einem Kongress in Krefeld, mit einer breiten Beteiligung von Persönlichkeiten aus dem ganzen Spektrum der damaligen Friedensbewegung, wurde der „Krefelder Appell“ beschlossen: Die Bundesregierung wurde aufgefordert, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“. Um diese einfache, klipp-und-klare Formulierung herum sammelte sich die Friedensbewegung der 80er Jahre, welchen Zugang die verschiedenen Strömungen und die verschiedenen Mitstreiter zu dieser Formulierung auch hatten, von welchem politischen und/oder religiösen Standpunkt auch immer.

---

<sup>1</sup> <http://www.zeit.de/2014/28/josef-joffe-zeitgeist-28-2014> - Aber es gibt in der ZEIT auch behutsame Stimmen: Theo Sommer: Die Welt brennt und Europa macht Urlaub, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-08/europa-ukraine-russland>: „Da ist es geradezu eine Erleichterung, wenn zwei ehemalige Außenminister, der Russe Igor Iwanow und der Brite Malcolm Rifkind, in einem gemeinsam verfassten Artikel vor dem Risiko eines neuen Kalten Krieges, ja einer Eskalation zum Atomkrieg, warnen. ... Die beiden haben absolut recht. Und Europa sollte sie kraftvoll unterstützen – was voraussetzt, dass bald wieder beherzte Reiter in den derzeit leeren EU-Sätteln sitzen.“

Wir brauchen einerseits eine weitaus größere inhaltliche Tiefe und eine weitaus größere Breite in verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und Gruppierungen, beispielsweise im kirchlichen Bereich. „Ich fände es gut, wenn die Bundesrepublik auf eine Armee verzichten könnte wie etwa Costa Rica“, sagte Käßmann im Gespräch mit dem Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL.“<sup>1</sup>

## **4.4 Weiterarbeiten**

Ein Lehrer schließt die Stunde natürlich mit Hausaufgaben.

### **4.4.1 Lesen**

Ich möchte Euch/Ihnen erstmal die Lektüre dieses Textes „Neue Macht - Neue Verantwortung“ von swp und GMF dringend empfehlen. Aber, wie schon gesagt, er ist auf der sprachlichen Oberfläche ein Text, der von Alltagserfahrungen - oder was er dafür hält - ausgeht und daraus menschenrechtsfreundliche Schlüsse zu ziehen scheint. Man muss sich das aber immer praktisch vorstellen: Wie geht das, wie soll das gehen, geht das überhaupt? Vermutliche vorgesehene und unvorhergesehene praktische Folgen? Und von dort her auf die Absichten schließen.

Zur politischen und historischen Einordnung dieses Textes eignet sich die Rede Willy Brandts in der Universität Oslo, die Texte der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und des NATO-Russland-Rates, ferner die Reden Putins im Bundestag und auf der Münchener Sicherheitskonferenz mit Hilfe von Wikipedia und Google. Texte aus dem Institut für Sicherheitspolitik an der Universität muss man dagegen nicht lesen, alberner Unsinn, aber vielleicht gerade deshalb für den einen oder anderen von Interesse.

Und dann auch den Text der SPD Schleswig-Holstein. Was können wir von dort für die Friedensarbeit aufgreifen? Vielleicht auch noch die Reden, die in den letzten Jahren zu den Ostermärschen in Schleswig-Holstein gehalten worden sind, man findet sie unter <http://zaafrieden.wordpress.com/>

### **4.4.2 Diskutieren**

Wir brauchen wieder mehr Diskussion in den verschiedensten Gruppen, innerhalb und querbeet. Es gibt zu viele Themen, die bislang noch in der für die Bildung von Friedensbewegung notwendigen Breite durchdiskutiert worden. Wir brauchen in Schleswig-Holstein einen Arbeitskreis, in dem gelesen, diskutiert und geschrieben wird, damit alle Freunde der Friedensbewegung Orientierung gewinnen können. (Wer mitmachen will: [horstleps@gmx.de](mailto:horstleps@gmx.de).)

---

<sup>1</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/kaessmann-fuer-abschaffung-der-bundeswehr-a-985264.html>